

Resolution zur pandemischen Lage mit Bitte zur Unterstützung in Bundesparteitag und Landtagsfraktion

Gesamtkonzept gegen die Pandemie entwickeln – staatliche Handlungsfähigkeit sichern – Impfpflicht einführen

Das Coronavirus hat Deutschland im Griff – wieder einmal. Unser Land steht heute am selben Punkt wie vor einem Jahr, die 7-Tage-Inzidenz ist so hoch wie nie und die Intensivstationen sind hilflos überlastet. Der einzige Weg aus der Pandemie ist und bleibt die Impfung. Eine Impfung verringert das Risiko sich selbst anzustecken, senkt die Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs und mindert die Ansteckungsgefahr, die von einer infizierten Person ausgeht. Doch von einer Herdenimmunität ist Deutschland weit entfernt, die aktuelle Impfquote von 67% (Stand 18.11.) ist viel zu gering. In großen Teilen Westeuropas blickt man erstaunt nach Deutschland: Frankreich und Italien haben schon früh strikte Maßnahmen beschlossen, um eine höhere Impfquoten zu erreichen. Spanien und Portugal haben sogar Impfquoten von über 80% erreicht. In den beiden Staaten herrschen aktuell kaum Beschränkungen, die 7-Tage-Inzidenz ist in allen vier Ländern weit unter der deutschen. Österreich reagierte kürzlich auf die hohen Inzidenzen, verhängte einen absoluten Lockdown und plant die Einführung einer Impfpflicht.

Die Gründe für fehlende Impfbereitschaft sind vielfältig, nur die wenigsten Impfverweigerer*innen befinden sich allerdings in Fundamentalopposition. Vielmehr sind sie aufgrund von gezielten Falschinformationen aus Kreisen der Coronaleugner*innen oder falscher Interpretation von Nachrichten und Fakten verunsichert. Mit einer klaren Verordnung sich impfen zu lassen und einer gleichzeitigen Informationskampagne kann man diese Menschen sicherlich zu einer Impfung bewegen.

Gleichzeitig haben Defizite im behördlichen und politischen Handeln in den letzten Jahren das Vertrauen in Institutionen und Politik untergraben. Es wurde schonungslos offengelegt, welche Schwächen in der Daseinsvorsorge und bei Behörden, im Bildungssystem und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens als Folgen einer Politik des „schlanken Staates“, mangelnder Investitionen und Personalausstattung bestehen.

Wir fordern daher die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger ab 12 Jahren und die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für jüngere Kinder, sobald die European Medicines Agency (EMA) eine Zulassung empfiehlt. Ausgenommen sollen nur Personen sein, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können.

Die Impfpflicht wird durchgesetzt über die Verpflichtung der Arbeitgeber*innen und Bildungseinrichtungen, den Impfschutz der Beschäftigten und Schüler*innen zu kontrollieren. Uns ist völlig klar, dass die Auskunftspflicht der Arbeitnehmer*innen bezüglich ihres Impfstatus gegen Covid-19 gegenüber den Arbeitgeber*innen ein weitreichender Schritt ist. Deshalb muss eine Abwägung zwischen gesellschaftlichem Nutzen und Arbeitnehmer*innenrechten stattfinden. Zusätzlich sollen Orte der Freizeitgestaltung, Geschäfte, Gastronomiegewerbe und körpernahe Dienstleistungen dazu verpflichtet

werden, den Impfschutz als Zutrittsvoraussetzung zu überprüfen. Bei Verstößen sollen empfindliche Bußgelder verhängt werden.

Bis zur Durchführung der allgemeinen Impfpflicht soll eine Übergangsfrist von zwei Monaten für Ungeimpfte und Genesene gelten.

Dringend erforderlich ist zudem eine Ausweitung und Vereinfachung der Impfangebote. Zusätzlich soll in einer Informationskampagne über die Impfung aufgeklärt werden. Dabei sollen bekannte Verschwörungserzählungen und kursierende Unwahrheiten widerlegt werden.

Die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehen wird auch durch die Einführung einer Impfpflicht nicht mehr aufzuhalten sein, wir können uns so aber gegen die künftigen Wellen und Lockdowns wappnen. Nur durch eine Impfpflicht können wir die Pandemie wirklich besiegen und den Kreislauf zwischen Lockerungen und Lockdowns durchbrechen.

Eine Impfpflicht kann nur Teil einer Gesamtstrategie zur Pandemiebekämpfung sein. Dabei geht es um die Verringerung der sozialen und mentalen Spaltung der Gesellschaft, bildungs- und gesundheitspolitische Konsequenzen und eine deutliche Verbesserung staatlicher Handlungsfähigkeit und der Daseinsvorsorge, beispielsweise hinsichtlich der Digitalisierung und der Personalausstattung.